

Der Elektroriese Siemens wollte mit dem Entgeltrahmen-Tarifvertrag (Era) die Eingruppierungen zentralistisch hinunterdirigieren. Nicht nur in Braunschweig gab es erheblichen Unmut. Von den 2200 neu Eingruppierten protestierten 700. Vieles konnte der Betriebsrat im Vorfeld korrigieren. 350 Fälle kamen in die Paritätische Kommission. Am 1. April 2007 wird Era eingeführt, aber in 64 Fällen muss jetzt die Paritätische Kommission mit den Tarifvertragsparteien Lösungen finden.



Bestückung von Leiterplatten bei Siemens: Seit April 2007 gilt der neue Era

Foto: Walter Schmidt/Noon

Erfolgreicher Einsatz des Betriebsrats bei Siemens

Ein Drittel wurde höher gruppiert

Eigentlich hatte sich Gisela Göhr (51) auf Era gefreut: »Endlich werden Arbeiter und Angestellte zusammen eingruppiert. Das neue System ist gerechter und transparenter.«

Doch als dann im September 2006 Siemens 2200 Beschäftigten die neue Eingruppierung mitteilte, war die Bestürzung groß. »Wir Teamassistenten waren plötzlich alle in der EG 5«, stellte Gisela Göhr fest, »das haben wir als extrem ungerecht

empfunden«. Auch bei den Monteuren, in der Fertigung, selbst bei hochqualifizierten Angestellten gab es einen Aufschrei.

Acht der 23 Betriebsräte wurden ins Projektteam Era abgestellt. Betriebsrätin Elke Bensch (57): »Es waren sechs Monate Schwerstarbeit. Wir haben den Unmut von rund 700 Beschäf-

tigten aufgenommen und gute Argumente gesammelt.«

Auch mit jedem der 220 Außenmonteure wurde gesprochen. Für 150

wurde die Zustimmung verweigert. Bei den 130 Teamassistenten wurde für 45 widersprochen. Insgesamt erstellte der Betriebsrat 350 Widersprüche. »Dabei haben wir schon im Vorfeld in vielen Fällen die Eingruppierung nach oben korrigieren können«, berichtet Betriebsratsvorsitzende Ursula Weisser (55).

»Oft ist die Flexibilität und die Fülle der Tätigkeiten nicht berücksichtigt worden«, weiß Betriebsrat Armin Baumgarten (49), »aber schlimmer ist: Viele Beschäftigte sind in ihrem Selbstwertge-

fühl tief verletzt«. Dank des Einsatzes der Betriebsräte konnten in der Paritätischen Kommission (PK) bisher 203 Höhergruppierungen durchgesetzt werden. Von den 2200 neu Eingruppierten sind jetzt über ein Drittel höher eingestuft worden. Bei einem Drittel bleibt es so wie bisher und der Rest hat die dynamische Besitzstandszulage. 64 Fälle blieben bislang ungelöst: Die »PK« wird mit den Tarifvertragsparteien darüber entscheiden.

Hat Siemens sich damit einen Gefallen getan? Gisela Göhr: »Wir machen unseren Job mit Leib und Seele. Aber die geringe Wertschätzung unserer Arbeit demotiviert schon. Gut, dass Betriebsrat und IG Metall uns helfen, uns gegen diese Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen.«

350 Zustimmungen verweigert: Betriebsratsvorsitzende Ursula Weisser und die Betriebsräte Elke Bensch und Armin Baumgarten (von links)



Gisela Göhr (51), Teamassistentin:
► **Wir sollen in die EG 5. Hier am Standort sind wir 130. Davon wehren sich 45. Ich hoffe jetzt auf die Paritätische Kommission.** ◀

Wir haben ERa



Uwe Ranzau (42), Techniker im Logistik-Center:
► **Ich habe eine Überleitungszulage von 401 Euro. Siemens wollte mich in die EG 9 stecken. Mit Hilfe des Betriebsrats bin ich jetzt in der 10. Der Unterschied beträgt 138 Euro im Monat.** ◀

Claudia Jahn (32), Maschinenführerin:
► **Siemens hat mich in der Entgeltgruppe 5 eingruppiert. Damit bin ich nicht einverstanden. Mit Hilfe der IG Metall will ich in die EG 7. Allein könnte ich mir den Mund fusselig reden.** ◀

Infokasten

► **Siemens Transportation Systems** in Braunschweig hat 2911 Beschäftigte, davon 577 Arbeiter und 1647 Angestellte sowie 687 AT (außer tarifliche)-Angestellte.



Promirunde auf dem Podium: Norbert Walter, Rudolf Hickel, der Moderator, Martin Kannegiesser und Berthold Huber

Podiumsdiskussion auf der Bezirkskonferenz über die Tarifrunde 2007

Professor plädiert für 4,5 Prozent

Eine lebhaft e Stimmung auf die Tarifrunde bot die IG Metall den rund 300 Delegierten und Gästen der Bezirkskonferenz am 2. und 3. März in Langenhagen bei Hannover mit einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion.

So wagte sich Martin Kannegiesser, Präsident von Gesamtmetall, zusammen mit dem Deutschbanker Norbert Walter vor das gespannte Publikum und schlug einen zweigeteilten Abschluss mit einer hohen Einmalzahlung vor, der insgesamt niedriger ausfallen müsse als 2006. Kan-

negiesser: »2007 wird ein ordentliches Jahr, aber nicht so gut wie 2006.«

IG Metall-Vize Berthold Huber forderte statt einer hohen Einmalzahlung eine deutliche, aber strukturwirksame Erhöhung: »Die Branche ist kerngesund, die Produktivität allein in den letzten drei Jahren um 18 Prozent gestiegen. Wir können auch rechnen.«

Der Bremer Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel sorgte für zustimmende Heiterkeit, als er 6,5 Prozent plus Einmalzahlung

vorschlug: »Die Lohnquote ist auf dem tiefsten Stand seit Jahren. Gesamtwirtschaftlich wären 4 Prozent notwendig, in der Metallwirtschaft könnten auch 4,5 Prozent drin sein.«

Als Kannegiesser klagte, er könne sich das »ganze Tariftheater« ersparen, wurde er von Betriebsräten aufgefordert, entgegen dem letzten Jahr diesmal ein schnelles und gutes Angebot auf den Tisch zu legen und nicht monatelang damit zu warten.

Die Podiumsdiskussion vom 3. März wurde vom Dokumentations- und Ereignissender Phoenix am 5. März von 11 bis 12.30 Uhr als Mitschnitt übertragen. Im Internet gibt es auf der Homepage der Bezirksleitung eine Fotogalerie von der Diskussion sowie Stimmen zur Tarifrunde: igmetall-niedersachsen-anhalt.de ◀

Interview mit Rudolf Hickel:

Belohnung ist fällig

metall: Sind in dieser Tarifrunde Einmalzahlungen angesagt?

Hickel: Seit Mitte der 90er Jahre gibt es zwei Fehlentwicklungen: auf der einen Seite eine enorm starke Gewinnentwicklung, auf der anderen Seite befindet sich die Lohnquote auf dem tiefsten Punkt seit Jahren. Jetzt muss die jahrelange, moderate Lohnpolitik belohnt werden. Die Beschäftigten brauchen einen kräftigen Schluck aus der Pulle. Damit muss auch die Binnennachfrage gestützt werden.

metall: Die Arbeitgeber wollen weniger geben als letztes Jahr.

Hickel: Gesamtwirtschaftlich



Dr. Rudolf Hickel (65) ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen

wären 4 Prozent notwendig, das aber auf Dauer und für ein Jahr. In diese Richtung muss die Debatte gehen. In der Metallwirtschaft könnten auch 4,5 Prozent drin sein. Ein Lohnausgleich für Inflation und Produktivitätssteigerungen sind eigentlich selbstverständlich. Darüber hinaus muss es auch eine Umverteilung zugunsten des Lohnanteils geben. ◀

Kurzinfos

► **Heizungshandwerk Niedersachsen:** Die 18 000 Beschäftigten der 2400 Betriebe der Sanitär-, Heizungs-, Klima- und Klempnertechnik in Niedersachsen erhalten ab 1. April 2007 2,4 Prozent mehr Geld. Laufzeit: Ein Jahr. ◀

► **Wechsel in Wolfsburg:** In der größten Verwaltungsstelle des Bezirks und mit fast 70 000 Mitgliedern der zweitgrößten der Republik verabschiedete sich Wolfgang Schulz (62) Ende März in den Ruhestand. Der gebürtige Cellenser aus Kneesebeck, der Elektroinstallateur lernte und 1962 in der Halle 12 bei VW anfang, wirkte sieben Jahre als Erster Bevollmächtigter. Seine Botschaft: »Verteidigt das System der Mitbestimmung bei VW mit Zähnen und Klauen«. Nachfolger wurde der bisherige Vize Frank Patta (42), der zuvor vier Jahre VK-Leiter bei VW in Wolfsburg war und dem Vertrauenskörper dort seit 1994 angehörte. Patta will die IG Metall »über die betriebliche und politische Arbeit hinaus stärker gesellschaftspolitisch profilieren« und sich auch in die Familien-, Kindergarten- und Schulpolitik einmischen: »Ich bin in keiner Partei und halte dies für meine Funktion für sinnvoll. Die IG Metall steht für eine Sachauseinandersetzung, wir sind überparteilich.« Neuer Zweiter Bevollmächtigter wurde der Verwaltungsjurist Thilo Reusch (44), in der Verwaltungsstelle Wolfsburg bisher Gewerkschaftssekretär. ◀



Wolfgang Schulz



Frank Patta



Thilo Reusch

Personalie

► **Nachwahl:** John Campbell (50), stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des Büromöbelherstellers Wilkhahn aus Bad Münden, wurde in die Bezirkskommission gewählt. Er tritt die Nachfolge an für Detlef Jacobs vom Alfelder Modell- und Formenbauunternehmen Wilhelm Funke.

Rente mit 67: Thema nicht vom Tisch

Nur zwei Abgeordnete tanzten aus der Reihe

Am 9. März hat der Bundestag die Rente mit 67 und weitere Einschnitte bei der Alterssicherung abgesegnet. Nur zwei SPD-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt wagten es, gegen die Fraktionspflicht und für ihr Gewissen zu stimmen.

Noch auf der Bezirkskonferenz am 2. und 3. März hatten die 300 Betriebsräte und Vertrauensleute eine Resolution unterschrieben, die an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Franz Müntefering, an die Fraktionsvorsitzenden der beiden großen Parteien, aber auch an alle Bundestagsabgeordneten im Bezirk verschickt worden ist.

Zeitgleich wurden die Abgeordneten von den Bevollmächtigten der IG Metall vor Ort aufgefordert, der »Rente mit 67« nicht zuzustimmen. Allein aus



Andreas Steppuhn und Waltraud Wolf aus Sachsen-Anhalt sind die einzigen SPD-Abgeordneten aus dem Bezirk, die gegen die Rente mit 67 gestimmt haben

Wolfsburg waren hunderte VW-Vertrauensleute am 9. März nach Berlin gereist, die 50 000 Rote Karten verteilten und gegen die Rentenpläne protestierten.

Doch bei 581 abgegebenen Stimmen akzeptierten 408 Abgeordnete den Gesetzesentwurf. 169 stimmten dagegen, es gab vier Enthaltungen. Während die CDU geschlossen dafür stimmte, gab es bei der SPD elf Abweichler – darunter Andreas Steppuhn und Waltraud Wolf aus Sachsen-Anhalt.



Foto: Walter Schmitz/Neum

Wir lassen nicht locker: Der Protest der IG Metall wird weitergehen

Die Opposition stimmte – aus unterschiedlichen Gründen – gegen das Gesetz. Bezirksleiter Hartmut Meine: »Der Protest wird weitergehen. Das Thema

Rente mit 67 und ein flexibler und akzeptabler Ausstieg ist nicht vom Tisch. Wir lassen nicht locker und die Abgeordneten nicht aus der Verantwortung.«

Rente mit 67: Wie haben die Bundestagsabgeordneten im Bezirk abgestimmt?

Niedersachsen:

Hier die Abgeordneten im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, die für das Gesetz gestimmt haben. Edelgard Bulmahn (SPD, Stadt Hannover II) war nicht anwesend.

► **SPD:** Gerd Andres, Stadt Hannover; Bernhard Brinkmann, Hildesheim; Sebastian Edathy, Nienburg II-Schaumburg; Sigmar Gabriel, Salzgitter-Wolfenbüttel; Monika Griefahn, Soltau-Fallingb.-Winsen; Hubertus Heil, Gifhorn-Peine; Rolf Kramer, Diepholz-Nienburg I; Gabriele Lösekrug-Möller, Hameln-Pyrmont-Holzminde; Caren Marks, Hannover Land I; Matthias Miersch, Hannover Land II; Thomas Oppermann, Göttingen; Wilhelm Priesmeier, Goslar-Northeim-Osterode; Carola Reimann, Braunschweig; Martin Schwanholz, Stadt Osnabrück; Peter

Struck, Celle-Uelzen; Joachim Stünker, Rotenburg-Verden; Hans-Jürgen Uhl, Helmstedt-Wolfsburg; Hedi Wegener, Lüchow-Dannenberg-Lüneburg; ► **CDU:** Monika Brüning, Hannover Land I; Hans Georg Faust, Goslar - Northeim - Osterode; Hartwig Fischer, Göttingen, Herzberg, Bad Sachsa, Bad Lauterberg; Maria Flachsbarth, Hannover Land-II; Jochen-Konrad Fromme, Salzgitter-Wolfenbüttel; Reinhard Grindel, Rotenburg - Verden; Michael Grosse-Brömer, Soltau-Fallingb.-Winsen; Eckart von Kladen, Hildesheim;

Hier die Abgeordneten, die gegen das Gesetz gestimmt haben:

► **Die Linke:** Dieter Dehm, Hannover; Dorothee Menzner, Wolfsburg; Herbert Schui
► **FDP:** Michael Goldmann, Aschendorf; Carl-Ludwig Thiele,

Osnabrück; Ina Lenke, Oyten; Claudia Winterstein, Hannover; Angelika Brunkhorst, Wildeshausen; Patrick Döring, Hannover
► **Bündnis 90/Grüne:** Brigitte Pothmer, Hildesheim; Jürgen Trittin, Göttingen; Silke Stokar, Hannover;

Sachsen-Anhalt:

Hier die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt, die für die Rente mit 67 gestimmt haben. Ulrich Kasparick (SPD, Börde) und Uda Carmen Freia Heller (CDU, Mansfelder Land) waren nicht anwesend:

► **SPD:** Klaas Hübner, Bernburg-Bitterfeld-Saalkreis; Uwe Küster, Magdeburg; Marko Mühlstein, Altmark; Maik Reichel, Burgenland; Christel Riemann-Hanewinkel, Halle; Silvia Schmidt, Mansfelder Land; Engelbert Clemens Wistuba, Anhalt;
► **CDU:** Christoph Bergner, Halle;

Bernd Heynemann, Magdeburg; Hans-Heinrich Jordan, Altmark; Ulrich Petzold, Anhalt

Hier die Abgeordneten, die gegen das Gesetz gestimmt haben:

► **SPD:** Andreas Steppuhn, Harz, Waltraud Wolf, Elbe-Havel-Gebiet
► **Die Linke:** Roland Claus, Burgenland; Jan Korte, Bernburg-Bitterfeld-Saalkreis; Katrin Kunert, Altmark; Elke Reinke; Petra Sitte, Halle
► **FDP:** Jens Ackermann, Börde; Cornelia Pieper, Halle
► **Bündnis 90/Grüne:** Undine Kurth

Impressum

IG Metall – Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Postkamp 12, 30159 Hannover Telefon 0511-16 40 60, Fax 0511-16 40 650, Internet: igmetall-niedersachsen-anhalt.de

Verantwortlich: Hartmut Meine, Redaktion: Norbert Kandel



Foto: Walter Schmidt/nowin

Mitglieder der Tarifkommission von der IG Metall Braunschweig: Lutz Bertram (BRV BMA), Eva Stassek (Zweite Bevollmächtigte IG Metall Braunschweig), Jürgen Bertram (BRV Bühler), Ellen Kleinert (JAV Zollern BHW), Thomas Steinmann (BRV Welger), Heino Plate (BRV Zollern BHW) und nicht im Bild Ursula Weisser (BRV Siemens TS) und Detlef Weidenthal (BRV MKN)

Eva Stassek: Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben nun mal unterschiedliche Interessen. Für uns sind Tarifierhöhungen unerlässlich, um Lebensunterhalt und etwas Lebensqualität zu ermöglichen - für die Arbeitgeber sind sie ein Kostenfaktor und Schmälerung ihrer Gewinne. Wer glaubt, es ginge diesmal viel einfacher als bisher, weil es inzwischen praktisch überall boomt, hat geirrt. Auch dieses Mal wollen die Arbeitgeber so wenig wie möglich hergeben - haben sogar noch

Ideen, wie sie unsere Errungenschaften disponibel je nach Unternehmenserfolg einkassieren können. Aber die Beschäftigten lassen sich nicht einfach abpeisen und verklappen schon gar nicht. Ein ordentliches Ergebnis heißt: So dicht wie es geht an die 6,5 Prozent - tabellenwirksam.

Jürgen Bertram: Unsere Kosten zum Beispiel für Energie, Steuern und Krankenkasse steigen kontinuierlich. Das Geld, das wir zur Verfügung haben, wird immer weniger. Das muss sich ändern, denn

Betriebsräte zur Tarifrunde 2007

Eine reale Forderung sind 6,5 Prozent

Die Tarifrunde 2007 steht unter dem Slogan »Plus ist muss«. Warum mehr Geld sein muss, erläutern Braunschweiger Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie die Zweite Bevollmächtigte Eva Stassek. Die IG Metall fordert aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung in vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie 6,5 Prozent mehr Geld und einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von zwölf Monaten.

auf der einen Seite steigen die Gewinne der Unternehmen und Aktionäre und auf der anderen Seite haben wir Arbeitnehmer immer weniger in der Geldbörse. Darum stehe ich voll zu unserer Forderung von 6,5 Prozent, die absolut notwendig ist. Dies entspricht auch der Erwartungshaltung meiner Kolleginnen und Kollegen.

Heino Plate: Wir haben im letzten Jahr hohe Gewinne eingefahren und werden das auch in diesem Jahr tun. Ich sage: Wer mehr leistet, muss auch mehr verdienen. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und dem steigenden Anteil an Eigenleistungen zum Erhalt der Gesundheit bleibt zum Leben immer weniger übrig. Mei-

ne Kolleginnen und Kollegen sind bereit, sich dafür einzusetzen, um möglichst nah an die 6,5 Prozent heranzukommen. Ich wünsche mir, dass ein akzeptables Ergebnis noch während der Friedenspflicht erzielt wird.

Ursula Weisser: Eine hervorragende Konjunktur verschafft den Unternehmen volle Auftragsbücher und hohe Gewinne. Die Schere der Nettolohnquote und den Unternehmensgewinnen geht immer weiter auseinander. Durch die moderaten Lohnabschlüsse der letzten Jahre und den extrem gestiegenen Lebenshaltungskosten haben die Kollegen immer weniger Geld zur Verfügung. Die 6,5 Prozent sind daher absolut notwendig und gerechtfertigt. ◀

Der Braunschweiger Verpackungshersteller BMG hat endgültig seine Tore geschlossen

Durch Managementfehler haben 110 Leute ihren Job verloren

Am 28. Februar 2007 gingen bei BMG die Lichter aus, weil die baden-württembergische Verpackungsgruppe Huber mit Hauptsitz in Öhringen die Produktion abgezogen hat. In zähen Verhandlungen wurde ein »ordentlicher« Sozialplan ausgehandelt.

Vor einem Jahr am 19. April 2006 hatte ein Drittel der Braunschweiger Belegschaft an einer Protestaktion aller inländischen Huberwerke und deren Töchter teilgenommen, um gegen Produktionsverlagerungen und Standortschließungen zu protestieren, die die Geschäftsleitung trotz Gewinnen angekündigt hatte. Scheibchenweise wurde die Pro-

duktions- und Fertigungspalette bei BMG reduziert. Der chemisch-technische Bereich mit rund 65 Beschäftigten und rund acht Millionen Euro Umsatz wurde in den Mutterbetrieb verlagert. Das Know-how der Lithographie mit fünf Mitarbeitern wurde aufgegeben. Betriebsratsvorsitzender Klaus-Peter Schmidt: »Managementfehler und verfehlte Vertriebsstrategien verprellten die Kunden.« Hinzu kamen Lieferprobleme und das schwierige Marktsegment »Schmuckdose«, so dass BMG mit nur noch 10

Millionen Euro Umsatz in die Verlustzone rutschte.

Im Sommer 2006 wurden dann die beiden Tochterunternehmen Klann in Landeshut und

BMG in Braunschweig in Landshut zusammengelegt. 110 Beschäftigte haben in Braunschweig ihren Job verloren sowie rund 50 Saisonarbeitskräfte. Eva Stassek, Zweite Bevollmächtigte: »Ein unwürdiges Ende für ein florierendes Unternehmen, das 1994 noch einen Neubau für 300 Beschäftigte in Braunschweig bezogen und einen Umsatz von 35 Millio-

nen Mark erwirtschaftet hat.« Als »unwürdig« haben die Betriebsräte auch das »Geschacher« der Öhringer Geschäftsführer bei den Sozialplan-Verhandlungen empfunden. Trotzdem konnten die Betriebsräte einen ordentlichen Sozialplan aushandeln. Stassek: »Wir danken dem engagierten Betriebsrat für seine gute Arbeit.« ◀



Betriebsratsvorsitzender Klaus-Peter Schmidt

Impressum

IG Metall Braunschweig
Wilhelmstraße 5
38100 Braunschweig
Telefon 05 31 - 4 80 88-0
www.igm-bs.de

Redaktion: Detlef Kunkel
(verantwortlich), Eva Stassek

Der Spanplatten-Hersteller Mende in Gittelde soll durch eine gerichtliche Insolvenz saniert werden

»Unser Ziel ist die **Rettung** aller Jobs, aber nicht zu **jedem Preis**«

Am 1. Januar 2007 wurde das Insolvenzverfahren bei der Wilhelm Mende GmbH & Co eröffnet. Seitdem schwanken die 300 Beschäftigten zwischen Hoffen und Bangen. Eine gerichtliche Insolvenz kann die Rettung sein. Doch zuvor mussten Betriebsrat und IG Metall den Forderungskatalog der Geschäftsleitung und des Insolvenzplanverfassers entschärfen, die die Sanierung hauptsächlich auf Kosten der Mitarbeiter durchziehen wollten. Die IG Metall hat einen Sanierungstarifvertrag abgeschlossen, weil keiner entlassen wurde und die finanziellen Einschnitte begrenzt bleiben.



Reinhard Weber

Überraschend kam die Entwicklung nicht. »Das Familienunternehmen hatte schon seit längerem Schwierigkeiten mit dem Management«, berichtet Betriebsratsvorsitzender Reinhard Weber. Im November 2006 hat dann die Vostell-Beteiligungsgesellschaft mit Sitz in Frankfurt die Mehrheit der Geschäftsanteile bei den Dünnsplattenspezialisten übernommen.

Vostell ist eine von privaten Investoren finanzierte Beteiligungsgesellschaft, die in erster Linie mittelständische Unternehmen mit wirtschaftlichen

Problemen sanieren will. In Form einer gerichtlichen Sanierung, die seit 1997 möglich ist, soll das Unternehmen wieder neu aufgestellt werden. Dieses Insolvenzverfahren hat zum Beispiel dem Leiterplattenhersteller Fuba aus der Krise geholfen.

»Der Weg ist richtig. Doch die ersten Forderungen waren für uns nicht tragbar«, erläutert Manfred Zaffke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall. »So sollten etwa 30 Mitarbeiter entlassen und vier wichtige Abteilungen mit über 40 Mitarbeitern ausgelagert werden.

In mühevollen Verhandlungen konnten für beide Seiten tragbare Maßnahmen zur Kostensenkung ausgehandelt werden, die auf einer Mitgliederversammlung der IG Metall am 14. Februar vorgestellt wurden.

Das Ergebnis sieht unter anderem den Verzicht auf 30 Kündigungen von unbefristeten Arbeitsverhältnissen und das Verlagern von Abteilungen vor. Außerdem soll ein paritätisch besetzter Wirtschaftsrat aus Interessenvertretern und Geschäftsleitung den Insolvenzplan überprüfen.

Zudem sollte vom 1. März 2007 an für die IG Metall-Mitglieder bei Mende der Tarifvertrag der Holzverarbeitenden Industrie Niedersachsen gelten, mit abweichenden Regelungen durch die Insolvenz.

Zaffke: »Nur wenn die Gläubigerbanken den Insolvenzplan oder eine andere Auffanglösung unterstützen, wird der abgeschlossene Sanierungstarifvertrag Bestand haben.«

Bis Redaktionsschluss war nicht klar, ob es zu einem Insolvenzplan kommt. ◀



Foto: Harzkurier

Danke für euer Engagement



Die Protestwelle der Beschäftigten der Verwaltungsstelle Goslar-Osterode gegen die Rente mit 67 ging bis weit in den Februar hinein: Piller Power System (Foto rechts Mitte) am 7. Februar, Fuba (Foto rechts unten) am 14. Februar, KCH (Foto oben links) am 20. Februar und die Deutsche Exide (Foto oben rechts) am 22. Februar 2007. Martina Ditzell, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Goslar-Osterode: »Die Menschen zeigen ihre Empörung, Wut und Enttäuschung darüber, dass die Politiker völlig an der Realität vorbei regieren. Dabei gibt es Alternativen, für die wir weiter kämpfen werden.« ◀



Impressum
IG Metall Goslar-Osterode
Rotemühlenweg 2a
37520 Osterode
Telefon 0 55 22 - 9 16 70
Redaktion: Martina Ditzell
(verantwortlich)

Crawford hafa GmbH in Wennigsen

Kampf um Arbeitsplätze

Die Geschäftsleitung plant die Schließung der Cardo Door Docking Production GmbH mit zirka 90 Arbeitsplätzen.

Am 6. Februar hat die Belegschaft von dem Präsidenten E. Jönsson höchstpersönlich die verfolgte Absicht zur Schließung von Cardo Door Docking Production vernommen. Der Betriebsrat hat daraufhin sofort Kontakt zum Konzernbetriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat der Cardo Beteiligungsgesellschaft mbH aufgenommen und hat erfahren, dass der Aufsichtsrat noch keinen endgültigen Beschluss gefasst hat. Der Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen wurde einbezogen, ebenso die örtliche Presse. Am 14. Februar hat der Betriebsrat sich im Rahmen eines Tagesseminars bei der IG Metall in Hannover über die zuerst anstehenden Aufgaben beraten und die Entwicklung eines Standortssicherungskonzepts beschlossen. Gleichzeitig hat der Be-



Geschlossen: Belegschaft wehrt sich gegen die Schließungspläne

triebsrat Sachverständige zur wirtschaftlichen und juristischen Unterstützung eingeschaltet. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 23. Februar haben Belegschaft und Betriebsrat deutlich zu verstehen gegeben, dass sie die Schließung nicht hinnehmen werden und nichts unversucht lassen, um eine Umkehr zu erreichen.

Zwischenzeitlich hat die Geschäftsleitung einen zweiten Entwurf eines Interessenausgleichs

und Sozialplans mit den Vergleichs- und Kostenrechnungen vorgelegt, die aus Sicht des Betriebsrats für eine Beurteilung nicht verwendbar sind. Der Betriebsrat wird weitere Daten anfordern, mit den Sachverständigen besprechen und mit der Geschäftsleitung verhandeln.

»Wir brauchen die IG Metall an dieser Stelle ganz dringend, um möglichst alle Arbeitsplätze zu erhalten«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Harry Berger. ◀

8. März

Internationaler Frauentag



Zum Thema »Die neue Frauenbewegung und deren Bedeutung für die gewerkschaftliche Frauenpolitik heute« war das politische Frauenfrühstück mit Gisela Notz von der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. März.

1. Mai

Demonstration und Kundgebung

»Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit«, unter diesem Motto steht der diesjährige 1. Mai.

Programm am 30. April im Zelt auf dem Klagesmarkt:

- ▶ Seniorennachmittag um 15 Uhr, (Eintritt: 3,75 Euro)
- ▶ Kabarett um 20 Uhr: Dieter Thomas (Frankfurter Fronttheater) mit dem Programm »Der Seniorenhippie«, Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 8 Euro.

Am 1. Mai ist der Treffpunkt der IG Metall wieder das Freizeitheim Linden, Windheimstraße, ab 9 Uhr. Gegen 10 Uhr beginnt der Demonstrationzug zum Klagesmarkt. Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, mit ihren Familien, Freunden und Bekannten an der Demonstration teilzunehmen. ◀

Zum Mitmachen Mit Radio Flora auf Sendung

Bei dem hannoverschen Lokalsender kann man nicht nur Sendungen anhören, man kann sie auch selber machen.

400 Menschen in über 30 Redaktionen gestalten das Programm mit Informationen zu gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Themen. Dazu gibt es ein unverwechselbares Musikprogramm. Seit mehr als zwei Jahren gibt es auch eine Gewerkschaftsredaktion, in der zehn KollegInnen sich Zug um Zug qualifiziert haben und gewerkschaftliche Themen bearbeiten: Jeden vierten Donnerstag im Monat von 18.30 bis 19.30 Uhr auf 106,5 m UKW oder 102,15 im Kabel.

Infos oder konstruktive Kritik an: Radio Flora, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover, Telefon 05 11-2 19 79-0, Fax 05 11-2 19 79-19, E-Mail postbox@radioflora.de, web www.radioflora.de ◀

Achtung: wichtig

Im Laufe des Jahres ist beabsichtigt, die **metall** an unsere Mitglieder per Post zu senden. Darum ist es wichtig, dass die IG Metall-Verwaltungsstelle die aktuelle Anschrift ihrer Mitglieder hat. Unsere Bitte ist deshalb: Teilt uns unbedingt eure neue Anschrift mit, wenn ihr in der letzten Zeit umgezogen seid und eure Verwaltungsstelle noch nicht entsprechend informiert habt. Am besten macht ihr das schriftlich, aber es geht auch telefonisch unter 05 11-124 02-0 oder per E-Mail: hannover@igmetall.de.

Impressum

IG Metall Hannover
Postkamp 12
30159 Hannover
Telefon 05 11-1 24 02-0
E-Mail: hannover@igmetall.de
Internet:
www.hannover.igmetall.de

Redaktion: Reinhard Schwitzer
(verantwortlich), Ulrich Fitzner

Betriebsratsvorsitzender Henning Blum bei Bosch in Hildesheim

»Wir verhandeln nur über ein Gesamtpaket für den Standort«

Bosch in Hildesheim hat zwei Pluspunkte: zukunftsweisende Produkte und qualifizierte Mitarbeiter. Zielsetzung des Betriebsrats und der IG Metall ist es deshalb, ein Standortkonzept mit der Geschäftsleitung zu entwickeln, mit einer strategischen Ausrichtung bis 2017. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Sicherung der Arbeitsplätze.

Henning Blum (43) sitzt souverän an seinem Schreibtisch. »Wir wollen, dass der Standort wirtschaftlich für die Zukunft aufgestellt wird«, erläutert der Betriebsratsvorsitzende. Gemeinsam mit seinem Betriebsratsteam will er die strategische Ausrichtung des Werkes mitgestalten und keine kurzfristigen Problemlösungen.

Blum weiß, wovon er spricht. Er ist nicht nur im Gesamtbetriebsrat und Aufsichtsrat bei Bosch, sondern er ist auch stellvertretender 1. Bürgermeister von Hildesheim. Da hat er schon manche Fehlentwicklung in Unternehmen mitverfolgen müssen.

Bosch Hildesheim baut Starter für Autos, aber auch für Genera-

toren. Der Spezialist für Anlasser beliefert den Bosch-Konzern und Fremdkunden weltweit.

Die Hildesheimer haben zudem noch einige Produkte zur Schadstoffreduzierung in der Pipeline, die jetzt bei der schlechten Klimaprognose von der Automobilindustrie nachgefragt werden. So hat Bosch bereits vor Jahren für die Post einen Start-Stopp-Starter entwickelt, der den Motor bei jedem Halt ausschaltet und stufenlos durch das Betätigen des Gaspedals wieder anlässt. Dieser Starter könnte problemlos in die Serienproduktion gehen. Außerdem entwickeln die Ingenieure gerade einen Hybridmotor für bestimmte Modelle der deutschen Automobilindustrie. Bis zu

vier Prozent lassen sich Schadstoffe durch einen elektrischen Lenkantrieb reduzieren. Zudem wird dadurch Kraftstoff gespart.

Trotz dieser zukunftsweisenden Produkte und der Neuaufstellung des Standortes 2003 musste ein Teil der Starter-Montage nach Ungarn verlagert werden. Bis heute wurde das Personal sozialverträglich um rund 400 Beschäftigte abgebaut.

Jetzt will das Management eine weitere Kostensenkung um zehn Prozent. Blum: »Vorab muss eine Strukturbereinigungs-Analyse erfolgen, und dann verhandeln wir über ein Gesamtpaket.« Dazu würde ein Leitbild für den Standort genauso gehören wie die Zusage für Investitionen und der

Aufbau des Standortes als »Exzellenz-Center«. Zudem soll ein Bildungszentrum die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter sichern. Regelmäßige Qualifikation soll nicht auf Kosten der Freizeit gehen. Jährlich sollen weiter Azubis eingestellt und das Werk als Ausbildungsbetrieb für andere Hildesheimer Unternehmen aufgebaut werden.

Blum: »Erst wenn diese Punkte geklärt sind, reden wir auch über eine langfristige Beschäftigungssicherung und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.«



Rund 4 500 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnisses gegen Rechts und demonstrierten am 24. Februar 2007 gegen den Neonazi-Aufmarsch in der Hildesheimer Innenstadt

Kommentar des Gastredners Hartmut Meine

Verwundert, dass Oberbürgermeister Machens bei der Demo gegen Rechts fehlte



»Es ist unerträglich, dass Rechtsradikale durch Hildesheim marschieren dürfen. Es ist höchste Zeit, gegen die immer dreister auftretenden rechten Kräfte in diesem Land auf die Straße zu gehen. Es ist mir völlig unverständlich, dass die Verantwortlichen der Stadt Hildesheim nicht für ein Verbot des Neonazi-Aufmarsches vor Gericht gezogen sind. Alle Demokraten müssen eindeutig und unmissverständlich Stellung gegen die Neonazis beziehen. Insofern wundere ich mich, dass der Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim, Kurt Machens, nicht an der Demo und damit an dem breiten Bündnis gegen Rechts teilgenommen hat.

Unter denen, die sich gegen jegliche Aktivitäten von Rechts engagieren, haben Gewerkschaften schon immer eine herausragende Position eingenommen. Auch am 26. Februar 2007 in Hildesheim haben viele Metallerinnen und Metaller aus Hildesheimer Betrieben, aber auch aus Alfeld, Hameln, Peine, Salzgitter und Wolfsburg gegen den Aufmarsch von rund 200 Rechtsextremisten demonstriert.«

Hartmut Meine
Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Impressum

IG Metall Hildesheim
Osterstraße 39 A
31134 Hildesheim
Telefon 0 51 21 - 76 95-0

Redaktion: Herbert Scheibe
(verantwortlich)

ZF Boge Elastmetall GmbH in Damme

»Mit **Era** wichtige Weichen für den **Standort** gestellt«

Das neue Betriebsratsteam bei ZF Elastmetall ist seit Anfang 2006 am Ruder. In gut einem Jahr hat die Mannschaft die Strukturen in der Interessenvertretung auf Vordermann gebracht, den Entgelt-Rahmentarifvertrag (Era) trotz einer Beschäftigungssicherung eingeführt und eine neue Kommunikationskultur geschaffen.

In den ersten Wochen seines neuen Jobs ist Rudolf Honkomp (49) abends in den Garten geflüchtet. »Ich musste den Kopf frei bekommen«, berichtet der Betriebsratsvorsitzende, der seit März 2006 im Amt ist. Vorher war er Vertrauensmann und Teamleiter in der Qualitätssicherung. Warum hat er für den Betriebsrat kandidiert? »Ich will unsere Arbeitsbedingungen konstruktiv mitgestalten.«

Dasselbe Motiv hatte auch Toni Thölken (41). Der Werkzeugmacher hatte die Nase voll von den innerbetrieblichen Querelen: »Ich wollte bessere Kommunikationsstrukturen.«

Gemeinsam haben die beiden Metaller neue Teamstrukturen in dem neuen Betriebsratsgremium mit 13 Mitgliedern geschaffen. Honkomp hat sich parallel qualifiziert. Thölken, der vorher Er-

satzmitglied im Betriebsrat war, hat den Era auf die Startrampe gebracht: »Das war ein Jahr Dauerstress.«

853 Beschäftigte arbeiten im Werk Damme. Für den Autozulieferer gilt der Haustarif von ZF Lemförder rund um den Dümmer. Trotzdem konnten die 143 tariflichen Beispiele des Era-Ergänzungstarifvertrages nicht auf die betriebsspezifische Situation des Herstellers von Gummimetall- und Kunststoffteilen übertragen werden, weil die Gummiverarbeitung nicht ausreichend erfasst wurde. Über 200 Richtbeispiele für die 15 Entgeltgruppen mussten die ZF Boge deshalb neu erarbeiten.

Das gesamte Betriebsratsteam hat über alle Arbeitsplätze beraten. Zum Schluss blieben 36 Streitfälle, die in der paritätischen Kommission geklärt wurden.

Stück für Stück wurden die Eingruppierungen dem aktuellen Tätigkeitsprofil angepasst. Rund 4000 Euro

muss das Unternehmen in Damme an Entgelten mehr berappen. Und das, obwohl bis 2010 eine Beschäftigungssicherung läuft. Die Beschäftigten haben etwa auf bezahlte Pausen und außertarifliche Sonderzahlungen verzichtet. Peter-Christian Voigt von der IG Metall: »Wir haben mit Era wichtige Weichen für die Zukunft des Standorts gestellt.«

Das Dammer-Team hat damit die Arbeitsplätze für die Zukunft am Standort sicherer gemacht. In den beiden anderen Werken müssen andere Lösungen gefunden werden. Obwohl der Hauptsitz



Toni Thölken (stellvertretender Betriebsratsvorsitzender) und Rudolf Honkomp (Betriebsratsvorsitzender): Mit Era das aktuelle Tätigkeitsprofil erfasst

der ZF Boge Elastmetall in Damme ist, gilt für das Werk in Bonn der Flächentarif der Metall- und Elektroindustrie NRW und für den dritten Standort Simmern der Flächentarif von Rheinland-Pfalz. Rudolf Honkomp, der wie Toni Thölken Mitglied im Gesamtbetriebsrat ist, meint: »Aber dies ist für gemeinsame Lösungen kein Hindernis.«

Familienseminar

Einladung

Unser Motto: Mut zur Gerechtigkeit

Die IG Metall Nienburg und Stadthagen laden im Herbst wieder zum traditionellen Familienseminar ein. Unter dem diesjährigen Motto sollen gemeinsam Ideen entwickelt werden. Es werden rechtzeitig Informationen bekanntgegeben.

Zeitraum: 22. bis 26. Oktober
Ort: Tagungsstätte Ahrendsee in Sachsen-Anhalt

Zweimal hat Jochen Landsmann erfolgreich mit der IG Metall seine Rechte durchgesetzt Jobagentur forderte Umzug trotz Behinderung

Jochen Landsmann (36) ist Hartz IV-Empfänger. Ende letzten Jahres sollte er umziehen. Gegen diesen Bescheid hat er sich mit Hilfe der IG Metall erfolgreich gewehrt.

Sechs Jahre hat der Industriemechaniker als Anlagebauer gearbeitet und in der Abendschule seinen Industriemeister gemacht. Trotz seiner Qualifizierung hat ihn sein Arbeitgeber 2000 entlassen.

Der Grund: Der Metaller musste wegen einer chronischen Magen-Darm-Erkrankung ins Krankenhaus. Nach einer schweren Operation fiel er ein Vierteljahr ganz aus. Anschließend hätte er ein halbes Jahres nur eingeschränkt arbeiten können.



Jochen Landsmann (links) und Peter-Christian Voigt (IG Metall) in der Rechtsberatung

Bis heute hat er über 200 Bewerbungen geschrieben. Landsmann: »Trotz meiner Erkrankung will ich arbeiten.« Gemeinsam mit seiner gehbehinderten Lebensgefährtin Claudia Raczynski lebt er in einer rund 84 Quadrat-

meter großen Wohnung. Die monatliche Miete liegt warm bei 519,57 Euro. Doch die Jobagentur wollte nur 435,62 Euro zahlen und forderte den Umzug.

Landsmann: »Man muss Abstriche machen.« Aber zu diesem Mietzins hätte er keine behindertengerechte Wohnung in Parterre gefunden. Deshalb hat er den kostenlosen Rechtsbeistand als IG Metall-Mitglied in Anspruch genommen und sich erfolgreich gegen den Umzug gewehrt. Warum er zur IG Metall gegangen ist? Landsmann: »Ich habe schon einmal mit der IG Metall eine Abfindung rausgeholt, die ich sonst nicht gekriegt hätte.«

Frauenfrühstück der Gewerkschaftsfrauen zum Internationalen Frauentag 2007

»Zwei Schritte vor – Keinen zurück«

Es ist inzwischen eine Institution und für viele Frauen ein festes Highlight: Das Frauenfrühstück der Osnabrücker Gewerkschaftsfrauen ist die größte Frauentagsveranstaltung in Niedersachsen. 450 begeisterte Frauen feierten am 11. März ihren Internationalen Frauentag 2007 in der Stadthalle Osnabrück mit der Forderung »Zwei Schritte vor – Keinen zurück«

Wie wichtig dieser Tag nach wie vor ist, zeigte nach dem Frühstücksgenuss das »Schweineballett« der Lingener DGB Kolleginnen. Sie beleuchteten die Sozialpolitik 1997 und 2007. Dabei wurde deutlich: Manches ist anders, leider wenig besser geworden. »Es gibt viel zu tun«.

Das wurde auch im Referat von Anne Preußner, Verdi deutlich. Sie prangerte die Tariffucht der



Sie ließen niemand ungeschoren. Die »Wilden Weiber« boten eine Stunde hintersinnige Unterhaltung und einen Angriff auf die Lachmuskulatur

Arbeitgeber, Outsourcing an Billiganbieter und die Zunahme der Leiharbeit an und forderte: »Kein Lohn unter 7,50 Euro pro Stunde«.

Damit konkretisierte sie ihre Forderung nach einem Mindestlohn, die im Zentrum ihrer Ausführungen stand. »Frauen sind zu 65 Prozent von Niedriglöhnen betroffen, und das bei der

bestausgebildeten Frauengeneration«, machte sie die besondere Betroffenheit von Frauen in dieser Frage deutlich.

Nach der ersten Kost stand bei den »Wilden Weibern« Lachen mit Hintersinn in ihrem Programm »Geld regiert die Welt? ... Moment mal!« im Vordergrund.

Von der ersten Minute an zogen Uta Schutte und Elke Drews die Frauen in ihren Bann. Da wurden nicht nur Bezüge zwischen dem »Ozeronloch« und dem männlichen Haupt hergestellt, da führt auch der direkte Weg von der Schwarzwälder Kirschtorte zum Klimagipfel. Keiner blieb ungeschoren, auch der »männliche Mensch« nicht, versteht sich.

Allerdings gab es keine Treffer unter der Gürtellinie, denn »so'n Mann hält schließlich nicht

ewig«. Weisheiten aus Lebenserfahrung, Informationen aus der »Tina« beim Zahnarzt und eine besondere Freude an spitzfindigen Wortverdrehungen ohne erhobenen Zeigefinger. Das war einfach nur Kabarett vom Feinsten und riss den Saal immer wieder zu begeistertem Beifall hin.

Wo Worte nicht reichten, erfolgte kompromisslos körperlicher Einsatz. Es muss schließlich alles raus, sonst »gibt's ne Allergologie«.

Für alle, die diesmal nicht dabei waren und für die, die Alma und Lisbeth gerne wieder sehen wollen: Wir haben die beiden für 2008 mit einem neuen Programm wieder verpflichtet. Das verspricht schon heute einen Hochgenuss für 2008. Also – bis zum 9. März 2008 in der Stadthalle. ◀

Betrieblicher Protest in Osnabrück

Rente mit 67 – Nein Danke

Die Änderungen im Rentenrecht sind zwar beschlossene Sache. – Trotzdem hat unser Protest zumindest einige Politiker zum Nachdenken gebracht. Nachbesserungen sind nicht ausgeschlossen.

Dazu beigetragen haben im März mit betrieblichen Aktionen auch Kolleginnen und Kollegen aus Osnabrücker Betrieben Karmann und Kromschroder und

Schomäker; Melle. **Trotzdem:** Wir sind enttäuscht vom Abstimmungsverhalten unserer Bundestagsabgeordneten. In jedem Fall werden wir aufmerksam beobachten, wie sie sich in Berlin weiter verhalten – und – 2009 sind die nächsten Bundestagswahlen. Arbeitnehmer vergessen nichts – so sollte es zumindest sein. ◀



Betrieblicher Protest bei der Firma Elster. Kromschroder, Lotte – unser Bild – Karmann, Osnabrück und Schomäker, Melle

Wettbewerb der Standorte gefordert

Amazonenwerke

Die Amazonenwerke in Gaste und ein weiterer Betrieb in Hude bei Oldenburg betreibt seit 1998 auch die Firma BBG, Leipzig, die nicht einmal an die schlechteren ostdeutschen Tarife gebunden ist. Dort arbeiten die Kollegen für kleines Geld und inzwischen hochproduktiv. Diese Situation hat Begehrlichkeiten beim Arbeitgeber geweckt.

Die Kollegen in Hude haben 2004 die »Standardforderung 40-Stunden« zurückgewiesen, und es wurde dort ein BBG-Betrieb installiert, der nun neue Geräte ohne Tarif zu Billiglöhnen produziert.

In 2006 wurde dann die Tarifbindung gekündigt. Die Haustarifverhandlungen stehen kurz vor dem Scheitern. Dabei ist sich das hochprofitable Unternehmen nicht zu schade, mit der sogenannten »Christlichen« zu verhandeln.

Forderungen nun auch in Gaste: bis zu 40 Stunden – 2,5 Tage Urlaub und kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Und das, obwohl auch zu Tarifbedingungen ansehnliche Profite eingefahren werden.

Ein neuer BBG-Betrieb ist auch hier im benachbarten Leeden geplant. Zunächst soll aus Platzgründen die Zerspanung verlagert werden. Und natürlich soll auch dieser Betrieb nicht tarifgebunden sein.

Ständig aktualisierte Informationen auf unserer Homepage. ◀

Impressum

IG Metall Osnabrück
August-Bebel-Platz 1
49074 Osnabrück
Telefon 05 41-3 38 38-0
E-Mail: osnabrueck@igmetall.de
Internet:
www.osnabrueck.igmetall.de

Redaktion: Hartmut Riemann
(verantwortlich), Wilma Ricker,
Marita Bengsch

IG Metall Salzgitter ruft alle Mitglieder auf

Bündnis gegen Rechts: »Salzgitter passt auf«

Aus aktuellem Anlass wenden wir uns an alle IG Metall-Mitglieder zur Unterstützung für die Schaffung eines breiten Bündnisses gegen Rechts.

In den letzten Jahrzehnten hat sich Salzgitter als eine tolerante und offene Stadt gezeigt. Die rechte Szene breitet sich jetzt aber immer mehr aus. Die NPD plant, im Vorfeld zur Landtagswahl in Niedersachsen, im September 2007 einen Aufmarsch in Salzgitter. Zum rechten Rand sind auch weiterhin die Republikaner einzuordnen, die im September 2006 in den Rat der Stadt Salzgitter gewählt wurden. Vom Verfassungsschutz wird diese Partei unter anderem wegen ihrer ausländerfeindlichen Tendenzen beobachtet.

Die Vehemenz, mit der die Rechtsradikalen die demokratische Grundordnung bedrohen, wird immer unerträglicher. Die Zivilgesellschaft muss Flagge zeigen, um dem Rechtsextremismus nicht das Feld zu überlassen.

Die IG Metall Salzgitter ruft daher alle ihre Mitglieder auf, in dem zu schaffenden breiten Bündnis gegen Rechts mitzumachen. Nur solche Bündnisse haben durch ihre gesellschaftliche Verankerung Breitenwirkung. Überall wo Neonazis versuchen, Orte und Plätze – oft durch Gewalt – zu dominieren, ist es erforderlich, ihnen entgegentreten. Die rechtsextreme Szene darf in Salzgitter keinen Nährboden finden.

Am meisten fürchten die un-

belehrbaren Nazis die Solidarität der Demokraten und das Engagement der Menschen in der Zivilgesellschaft.

Unser Aufruf richtet sich daher an alle Mitglieder und Repräsentanten der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchengemeinden, der Jugendverbände, der sozialen Gruppen und Initiativen, der Schulen sowie der Sport- und anderen Vereine. Wir wenden uns an Lehrer und Schüler, an die Mitarbeiter und Betriebs- und Personalräte sowie an die Vertreter der örtlichen Industrie, Wirtschaft und Verwaltung, an alle interessierten Bürger unserer Stadt: Wir wollen gemeinsam ein breites Bündnis in dieser Stadt schaffen, für all jene, die nicht länger

zusehen, sondern sich an wirk-samen Lösungen beteiligen wollen. Hierzu sind alle aufgerufen – Salzgitter passt auf. ◀

1. Mai

Du hast mehr verdient: Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.

Hauptredner: Prof. Dr. Rudolf Hickel, Wirtschaftswissenschaftler am Institut für Arbeit und Wirtschaft, Bremen. Der DGB und die IG Metall rufen auf zur Teilnahme an der Demonstration und Kundgebung am internationalen Tag der Arbeit.

In Salzgitter-Lebenstedt beginnen die Aktivitäten am **1. Mai um 10 Uhr** mit einem Demonstrationszug von der Reppnerschen Straße, Ecke Feldstraße, zur Kulturscheune im alten Dorf. Dort wird um zirka 11 Uhr Prof. Dr. Rudolf Hickel die Festrede halten.

Schwerpunkte der diesjährigen Maiveranstaltung werden die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, die Rente mit 67 sowie sozial- und steuerepolitische Themen sein. Darüber hinaus gilt es, gegen den erneut aufkommenden Rassismus und der neonazistischen Organisationen in Salzgitter zu mobilisieren.

Am Vorabend des 1. Mai laden die Gewerkschaften in die Kulturscheune zum »Tanz in den Mai« ein. Einlass ist ab 19 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Rückblick Internationaler Frauentag

Am 8. März wurde auch in diesem Jahr im Gewerkschaftshaus der Internationale Frauentag gefeiert.

Der Einladung von DGB, IG Metall und Verdi folgten 130 Gäste. Nach der Eröffnungsrede des Lei-

tungsteams des Ortsfrauenausschusses (Petra Marks/SZST, Bruni Wenzke/VW und Ina Biethan/IG Metall) zur eher ernüchternden frauenpolitischen Lage trat das Frauenka-

Jugend-Aktionstag am 9. März 2007 in Berlin

Jugendthema »Rente mit 67«

Mit dreitausend Menschen in einem Demozug und einer Kundgebung gegenüber dem Reichstag haben wir Stimmung gemacht, während die Abgeordneten über die Rente mit 67 abstimmten.

Aus Salzgitter sind wir mit drei Bussen angereist, ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

Warum die Rente mit 67 ein Jugendthema ist? Ganz klar, denn wenn die Beschäftigten in den Betrieben länger arbeiten müssen, werden auch weniger junge

Arbeitnehmer in die Betriebe nachrutschen. Dies wird zwangsläufig Auswirkungen haben auf das Angebot an Ausbildungsstellen und die Übernahme nach der Ausbildung.

Wir sind weiter gegen die Rente mit 67 und für die Fortführung der Altersteilzeit, damit die älteren Kolleginnen und Kollegen in den verdienten Ruhestand gehen können, und Arbeitsplätze für die junge Generation zur Verfügung stehen. ◀



»Elfenpein« in Aktion

barett Elfenpein mit einem mal satirischen, mal witzigem Programm auf.

Der Erlös der Veranstaltung wird der Salzgitter Tafel e.V. gespendet. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Helferinnen und Helfern, Spenderinnen und Spendern für ihren Beitrag zu diesem gelungenen Abend. ◀

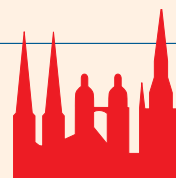


Kundgebung am 9. März gegenüber dem Reichstag in Berlin

Impressum

IG Metall Salzgitter
Chemnitzer Straße 33
38226 Salzgitter
Telefon 0 53 41-88 44-0
Fax 0 53 41-88 44-20
E-Mail: salzgitter@igmetall.de

Redaktion: Wolfgang Räschke (verantwortlich), Carsten Bremer, Gabriele Stobäus



Sie wagen den Blick in die Rentenzukunft

Versichertenälteste im Ehrenamt

Entgeltpunkte, Umrechnungsfaktoren, Nachteilsausgleiche – uns Arbeitnehmern brummt gewöhnlich der Schädel, wenn es um die Kontenklärung geht oder alle zwei Jahre wieder einmal ein Rentenbescheid ins Haus flattert.

Licht ins Dunkel bringen da gern die Versichertenältesten. Sie stochern nicht wie einst das Orakel von Delphi im Zukunftsnebel, sondern können dem Ratsuchenden helfen, genauer in seine Rentenzukunft zu blicken. Bestens von der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschlands für ihr Ehrenamt geschult, sind sie fit, um im Wohngebiet für die Versicherten tätig zu werden. Ihr guter Rat rund um den Rentenantrag ist sowohl für Gewerkschaftsmitglieder als auch für Nichtorganisierte kostenlos. IG Metall Gewerkschaftssekretär Werner Schade kann jedem Arbeitnehmer nur empfehlen, seinen Rentenbescheid mit einem Versichertenältesten durchzusprechen. »Es sind Metaller mit viel Erfahrung, die die Gewerk-

schaftsarbeit um eine wichtige Facette bereichern«, betont er.

Von Werner Schade vor sieben Jahren für dieses Ehrenamt gewonnen wurde die 55-jährige Erwerbsminderungsrentnerin Birgit Katzenmaier. Sie ist eine von vier »Beratungsfüchsen« in Halle. Der Diplomingenieurin im Ruhestand war zu Hause zuvor fast »die Decke auf den Kopf gefallen«. Als sie vor genau sieben Jahren zur Versichertenältesten berufen wurde, stürzte sie sich mit Feuereifer in die Arbeit. »Ich kann heute jeden, der mit Rentenproblemen zu mir kommt, sachkundig beraten«, versichert sie selbstbewusst. Jeden Dienstag vormittag ist



Werner Schade



Birgit Katzenmaier

sie in den Räumen der IG Metall Halle anzutreffen, und auch im Arbeitszimmer zu Hause führt sie ihre Beratungsgespräche, allerdings nur nach vorheriger telefonischer Absprache (Telefon 03 45-8 05 41 89). »Ich helfe gern«, sagt die agile Metallerin. »Es ist ein wunderbares Gefühl, wenn jemand nach dem Gespräch zu mir sagt: »Danke, das haben Sie mir klasse erklärt. Endlich gelingt mir der Durchblick.««

Mit gleicher Leidenschaft, nur montags am Vormittag, berät der pensionierte Sicherheitsinspektor Heinz Schuchart seine Klientel im DGB-Außenbüro in Sangerhausen. Der 67-Jährige ist seit zwölf Jahren im Ehrenamt tätig. »Wir nehmen uns viel Zeit für die Bürger. Wir sind der geeignete Erstkontakt für jeden, wenn es um die Rente geht«, erklärt er. »Ende der 90er Jahre halfen wir vor allem bei den Kontenklärungen, jetzt interessiert die Leute eher, ob ihr Rentenbescheid stimmt.« Heinz Schuchart weist

sie darauf hin, worauf besonders zu achten ist. (Telefon 0 34 64-57 17 53)

Gewerkschaftssekretärin Anita Reinicke, verantwortlich für Sozialpolitik beim DGB Sachsen-Anhalt/Süd, lobt das Engagement der Seniorinnen und Senioren. »Der DGB macht gern von seinem Vorschlagsrecht für Versichertenälteste Gebrauch, ist es doch Teil der paritätischen Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Nachdem sie in einem ausgeklügelten Wahlprocedere von der Vollversammlung des Sozialversicherungsträgers für sechs Jahre ins Amt berufen werden, stehen sie kompetent den Versicherten ihres Wahlkreises zur Verfügung.«



Heinz Schuchart



Anita Reinicke

Veranstaltungen zum Tag der Arbeit

Der DGB – ein Kind des 1. Mai



Der erste deutsche »1. Mai« im Jahre 1890 wurde mit Streiks, Demos und »Maispaziergängen« von 100 000 Arbeitern aus 18 Einzelgewerkschaften begangen. Noch im gleichen Jahr schlug unter Führung Karl Legiens die Geburtsstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Maiveranstaltungen anno 2007:

Halle

Ort: Peißnitzinsel, Zeit: 10 bis 16 Uhr, Hauptredner: Günter Meißner, IG Metall Halle.

Zeitz

Ort: Platz der Deutschen Einheit Zeit: 10 bis 14.30 Uhr, Hauptredner: Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender PDS/Die Linken.

Naumburg

Ort: Marktplatz, Zeit: 10 bis 13 Uhr, Hauptrednerin: Steffi Schikor, DGB-Ortsverbandsvorsitzende.

In **Hettstedt** (Mansfeld-Museum) und **Sangerhausen** (Marktplatz) beginnen die Veranstaltungen jeweils um 10 Uhr. ◀



Den Auftakt für den Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland gaben am 8. März 2007 die Gewerkschaftsfrauen in Halle. Hierzulande arbeiten 3,3 Millionen Menschen für Hungerlöhne, darunter 70 Prozent Frauen. www.mindestlohn.de



Impressum

IG Metall Halle
Böllberger Weg 26
06110 Halle
Telefon 03 45-1 35 89-0
Fax 03 45-1 35 89-50
E-Mail: halle@igmetall.de
Internet: www.igmetall-halle.de

Redaktion: Günter Meißner (verantwortlich), Jutta Donat

Fahrkarten zum Gewerkschaftstag gebucht

Drei Teilnehmer gewählt

Die Delegiertenversammlung der IG Metall Magdeburg-Schönebeck hat am 26. Februar beschlossen, wer die Verwaltungsstelle im Herbst zum 21. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Leipzig vertreten wird.

Mit großer Mehrheit wurden Yvonne Münch (Rege Magdeburg), Enrico Gneist (Moderne Bauelemente Bernburg) und Bernd Klocke (Thyssen-Krupp Schönebeck) als Delegierte gewählt. Als Stellvertreter wurden Sabine Schulze (Schiess Aschersleben), Siegfried Goldschmidt (Rege Magdeburg) und Uwe Langer (Fam Magdeburg) gewählt. Anlässlich der zweiten Delegiertenversammlung im April soll beschlossen werden, mit welchen Forderungen und Anträgen die gewählten Kollegen zum Gewerkschaftstag nach Leipzig fahren sollen.

In seinem Geschäftsbericht zur Delegiertenversammlung bezog Detlev Kiel Stellung zu aktuellen politischen Themen wie »Rente mit 67« und Gesundheitsreform. Ein weiteres Schwerpunktthema



Von links nach rechts die Delegierten zum Gewerkschaftstag in Leipzig: Enrico Gneist (Mobau Bernburg), Yvonne Münch (Rege Magdeburg) und Bernd Klocke (Thyssen-Krupp Schönebeck)

war die aktuelle Tarifrunde, in der die IG Metall von den Arbeitgebern eine Lohnerhöhung von 6,5 Prozent gefordert hat.

»Wenn wir am Ende der Verhandlungen wenigstens eine »4« vor dem Komma erreichen wollen, müssen wir uns noch gewaltig bewegen«, betonte Detlev Kiel. Auch eine Übernahme

des Pilotergebnisses für unser Land würde eine schwierige Aufgabe für die IG Metall, schätzte Detlev Kiel ein. Außerdem machte er die Bedeutung eines Flächentarifvertrages für Sachsen-Anhalt deutlich. Ziel sei es, dass möglichst viele Unternehmen dem Verband beitreten. ◀

8. März

Glückwünsche zum Internationalen Frauentag



Auch in diesem Jahr beglückwünschten wir wieder zum Internationalen Frauentag am 8. März Frauen vor den Arbeitsämtern – im Foto unser Kollege Joachim Kühne vor dem Job-Center in Magdeburg.

Termine

► **Senioren-Arbeitskreis**
am 12. April 2007, 9.30 Uhr,
IG Metall-Verwaltungsstelle

► **Arbeitslosenbetreuung**
jeden Dienstag,
10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr,
IG Metall-Verwaltungsstelle
Ernst-Reuter-Allee 39
(City-Carré Magdeburg)

Geburtstage im April

Wir gratulieren

► **96 Jahre**
Wilhelm Fuhrmann

► **94 Jahre**
Walter Kühn

► **93 Jahre**
Kurt Rogge

► **92 Jahre**
Ilse Karsten

► **91 Jahre**
Josef Heimerl

► **90 Jahre**
Karl Eversz

► **89 Jahre**
Marie Zinke

► **87 Jahre**
Elsbeth Burgdorf

► **80 Jahre**
Martha Ziese, Kurt Kuhne,
Heinz Hornburg

► **75 Jahre**
Claus Eichhorn, Fritz Müller,
Hermann Mahlfeld, Gisela
Richter, Johann Mottl, Ernst
Weber, Waltraud Thielecke,
Helga Menzler, Werner Gengel-
bach

► **70 Jahre**
Inge Reute, Günter Schwitzer,
Friedrich Sadlowski, Ursula
Kursawa, Helga Müller, Franz
Jaenicke, Manfred Eckardt,
Inge Scheer, Klaus Jahn, Karl
Pape, Wolfgang Geneis, Helga
Arnold, Manfred Sommer,
Werner Vorpahl, Dieter Schwa-
be, Herbert Poettke, Helmut
Steinert, Karin Kirbis, Horst
Tannhäuser, Herbert Possinke,
Werner Struck

Impressum

IG Metall Magdeburg-
Schönebeck
Ernst-Reuter-Allee 39 (City-Carré)
39104 Magdeburg
Telefon 03 91-5 32 93-0
Fax 03 91-5 32 93-40
E-Mail: magdeburg-
schoenebeck@igmetall.de
Internet:
www.magdeburg.igmetall.de
Redaktion: Detlev Kiel
(verantwortlich)